



Foto: dpa/Axel Heimken

KOMMENTAR

Die Hoffnung Rojava

Niels Seibert über das kurdische Projekt in Nordsyrien

Rojava ist ein mutiges und hoffnungsvolles Experiment im Nahen Osten. In dem autonomen Gebiet in Nordsyrien entstand inmitten einer Region, die von patriarchalen und autokratischen Regimen, von Kriegen und Bürgerkriegen bestimmt ist, eine Insel der Demokratie. Kurden, Araber und Syrier einigten sich 2014 auf einen verfassungsähnlichen Gesellschaftsvertrag und verwalten sich nun selbst – unter Achtung der verschiedenen kulturellen und religiösen Besonderheiten.

Die junge Revolution berührt sämtliche Bereiche der Gesellschaft. In Rojava entstehen Genossenschaften mit ökologischer Landwirtschaft und Versuche, eine autonome Nahrungsmittelversorgung aufzubauen. Die Emanzipation der Frauen war von Beginn eine wichtige Säule des Kampfes, inzwischen sind Frauenrechte verankert und in politischen Gremien befinden sich zur Hälfte Frauen. Dies und vieles mehr wurde angestoßen von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihrer Philosophie, ohne die demokratische Konföderation Rojava nicht denkbar wäre. Zu den Verdiensten der PKK-Guerilla gehört auch die Rettung von Jeziden im nordirakischen Sindschar-Gebirge 2014 und die Befreiung der nordsyrischen Stadt Kobanê 2015 vom Islamischen Staat durch die bewaffneten Selbstverteidigungseinheiten YPG und die Frauenselbstverteidigungseinheiten YPJ.

Dennoch ist das gesellschaftliche Projekt Rojava heute von allen Seiten bedroht. Auch die Bundesrepublik Deutschland trug und trägt nicht zu Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit in der Region bei. Als Anfang des Jahres der türkische Staat und seine Söldner die Stadt Afrin im Nordwesten Syriens angriffen und besetzten, taten sie das mithilfe von Leopard-2-Panzern des deutschen Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann. Allein von Mitte Dezember 2017 bis Ende Januar 2018 erteilte die schwarz-rote Bundesregierung 31 Genehmigungen für Rüstungsexporte in die Türkei. Und die Bundesregierung hält an ihrem PKK-Verbot aus dem Jahr 1993 fest. Damals wurde der Arbeiterpartei Kurdistans vom Bundesinnenministerium – zusammen mit der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) und über 30 weiteren Vereinen – die Betätigung in Deutschland untersagt.

Als zu Jahresbeginn weltweit Menschen gegen den Einmarsch der Türkei in Afrin auf die Straße gingen, trugen sie Fahnen der kurdischen Freiheitsbewegung. Darunter oft auch die rote Fahne mit grünem Kreis, darin ein roter Stern auf gelbem Grund: die Fahne der ERNK. Sie kann nahezu überall auf der Welt auf Demonstrationen geschwenkt werden. In Deutschland aber ist das verboten. Dies ist ein Beleg für die traditionsreiche enge Kooperation zwischen Berlin und Ankara. Die Bundesregierung geht dabei weiter als andere europäische Staaten und kommt den Biten Ankaras oft und gerne nach. Die Auswirkungen erleben kurdische Freund*innen in Deutschland, ihre hier ansässigen Vereine und Verlage, die mit Razzien schikaniert und kriminalisiert werden. Aber auch Menschen, die ihre Solidarität zum Ausdruck bringen, werden mit Strafverfahren überzogen – alles auf Grundlage des 25 Jahre alten PKK-Verbots.

Die damit bezweckte Entsolidarisierung und Spaltung ist jedoch nicht geglückt. Die Revolution von Rojava hat die kurdische und deutsche Linke enger zusammengebracht. Es sind lokale und bundesweite Bündnisse entstanden, die insbesondere seit dem Angriff auf Afrin und dem Hofieren des türkischen Despoten Erdogan durch Bundespräsident Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel im September kontinuierlich zusammenarbeiten. Um Solidarität zu zeigen, bietet sich in zwei Wochen in Berlin eine neue Gelegenheit. Anlässlich des nun 25 Jahre bestehenden PKK-Verbots ruft ein Bündnis aus Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen zu einer bundesweiten Demonstration. Dabei geht es dann nicht nur gegen die staatliche Repression in Deutschland und die jüngsten Angriffsdrohungen Erdogans gegen Kobane. Sondern in erster Linie um die Hoffnung, die das Projekt Rojava ausstrahlt – auf die Zukunft in Syrien und der ganzen Region – bis hierher. Denn es zeigt, dass ein alternatives Gesellschaftsmodell und eine andere, bessere Welt auch hier möglich sind.

nd-Redakteur Niels Seibert ist Anmelder der Demonstration »Der Wunsch nach Freiheit lässt sich nicht verbieten. Gemeinsam gegen Polizeigesetze, PKK-Verbot und Nationalismus«, die am Samstag, dem 1. Dezember, um 12 Uhr Nähe Neptunbrunnen am Alexanderplatz in Berlin beginnt.

Weitere Informationen unter: <https://wunschnachfreiheit.wordpress.com>

Anzeige

AUFTAKT: TEILEN SIE MIT!

**TEILEN
MACHT
SATT**

nd
SOLI
AKTION

Solidarität weltweit
Kennwort »SOLIAKTION«
IBAN: DE76 1002 0500 0001 020102
BIC: BFSWDE33BER (Konto: SODI)

SODI! INKOTA wfd.

Finstere Kerle, diese Kurden

Ein toxischer Mix: Deutsche Berichterstattung über PKK und YPG. Von İnci Arslan

Tagesschau.de am 26.10.2018: »Wollte sich Patrick Kraicker der Terrororganisation YPG anschließen?« Auf der Social-Media-Plattform Twitter fragt daraufhin die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Cansu Özdemir (Linkspartei): »Warum nennt ihr die YPG eine ›Terrororganisation? Wer hat noch mal den heldenhaften Kampf gegen den IS geführt?« Kurz darauf wird der Titel stillschweigend geändert.

Mit ihrer Nachfrage an die Redaktion von Tagesschau.de hat Özdemir pointiert auf einen Trend in der deutschen Berichterstattung über die seit 25 Jahren verbotene Arbeiterpartei Kurdistans PKK und mit ihr verschwisterter Gruppen wie die nordsyrischen »Volksverteidigungseinheiten« YPG und YPJ verwiesen. Über Letztere wurde 2014 und 2015 kurzzeitig mit viel Sympathie für den Kampf gegen die brutalen Freischärler des »Islamischen Staates« berichtet, nun ist man allzu oft wieder dabei, unhinterfragt die Sichtweise der türkischen Regierung zu übernehmen – und diese wiederum mit einer ethnisierenden Erzählung über »die Kurden« zu einer toxischen Mischung zu verarbeiten.

Zur Erinnerung: Als im Herbst 2014 im nordsyrischen Kobanê YPG und YPJ in Kooperation mit anderen Milizen und mit Unterstützung der Vereinigten Staaten die Stadt gegen den IS verteidigten, entfachte in der Bundesrepublik eine Debatte über die Sinnhaftigkeit des PKK-Verbot. In allen politischen Lagern gab es Vertreter, die eine Aufhebung des PKK-Verbotes zumindest für denkbar hielten. Die »taz« schrieb auf ihrer Titelseite: »Die PKK gehört zu Deutschland«, und der Berliner »Tagesspiegel« forderte: »PKK-Verbot aufheben!« Ungefähr ab dem Zeitpunkt, an dem die türkische Regierung im Spätsommer 2015 entschied, den Krieg gegen die PKK im Südosten des Landes wieder aufzunehmen, wurden diese Stimmen deutlich leiser und zunächst die – mindestens ideologischen – Verbindungen von YPG/YPJ und PKK kaum mehr thematisiert.

Als dann im Frühjahr 2018 die türkische Armee einen Angriffskrieg gegen das linke Gesellschaftsprojekt im nordsyrischen Afrin begann mit dem Ziel, die türkische Autokratie dorthin zu exportieren und dabei deutsche Panzer mitrollten, verschärfte sich nicht nur die Repression deutscher Sicherheitsbehörden gegen das Zeigen von Symbolen der kurdischen linken Bewegung. Es schlich sich auch in die hiesige Berichterstattung wieder vermehrt die Sprache des türkischen Staates ein. Kurz nach Beginn des Afrinkrieges übernahm beispielsweise das ZDF direkt AKP-Regierungspropaganda, indem behauptet wurde, die türkische Armee kämpfe in Afrin auch gegen den IS – obgleich es gar keine IS-Kämpfer in Afrin gab. Ähnlich verhält es sich mit der sich hartnäckig haltenden Erzählung, »die Kur-

den« strebten einen »Kurdenstaat« an. Unhinterfragt durfte dies beispielsweise über Nordsyrien ein »Nahost-Experte« ebenfalls dem ZDF erklären. Dabei sieht das von PKK-Gründer Abdullah Öcalan in der Haft entworfene Konzept des »Demokratischen Konföderalismus« eine – multiethnische – Selbstverwaltung in den jeweilig existierenden Nationalstaatsgrenzen vor. Die PKK hat sich bereits Anfang der Nullerjahre – vor fast 20 Jahren also – offiziell von dem Ziel eines Nationalstaates verabschiedet, anders übrigens als die von Deutschland unterstützte konservativ-nationalistische Regionalregierung der Autonomen Region Kurdistan in Nordirak.

Man kann und sollte sich natürlich kritisch mit dem Konzept des »Demokratischen Konföderalismus« auseinandersetzen. Doch dafür wäre es notwendig, erst einmal politische Anliegen, wie auch Differenzierungen, anzuerkennen und sich ernsthaft mit ihnen zu beschäftigen. Doch damit, dass es auch innerhalb »der Kurden« ganz unterschiedliche politische Strömungen gibt, nehmen es deutsche Medienhäuser oft nicht so genau. So ist, wenn linke Kurden demonstrieren, zuverlässig von »Kurden-Demos« zu lesen. Hier vermengt sich das gern bediente Klischee des finsternen PKK-Kerls mit einem identitären Blick: Sind es Migrant*innen aus dem »Orient«, wird nach politischen Inhalten in der Regel nicht mehr so genau gefragt. Gibt es Konflikte beispielsweise mit türkischen Nationalisten, heißt es meist schlicht, »Kurden und Türken« wären aneinander geraten.

Dabei können sich Aktivist*innen der Bewegung für einen »Demokratischen Konföderalismus« noch so sehr ins Zeug legen – sie bleiben im deutschen Mediendiskurs doch immer »die Kurden« und als solche sind sie – nach dem kurzen Intermezzo von 2014 – wieder in der irgendwie kriminell-radikalen Schmutzdecke gelandet, in die man so genau nicht hinschauen möchte.

